

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Multipliziertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. vertritt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3/4spaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 1/2spaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für ständige Wiederholungen unentgeltlich geschiehen oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Leihen, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Dienstag, den 19. November 1929

31. Jahrg.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Kreistagswahl.

Es sind im Kreise insgesamt 24756 Stimmen abgegeben. Es erhielten:

Liste 1	Soziald. Partei	6375	Stimmen	6	Sitze
"	3 Kommun. Partei	5768	"	6	"
"	5 Bäuerliche Bewegung	615	"	1	"
"	18 Hitler-Bewegung	1210	"	1	"
"	21 Ordnungsbündel	9112	"	9	"
"	22 Bürgerliche Mitte	1676	"	2	"

Es sind demnach folgende Abgeordnete gewählt von Liste 1

Karl Runk, Gemeindevorsteher, Pösteritz
Richard Pieper, Schwerkrriegsbeschädigter, Elster
Jugo Seidel, Lehrer, Wartenburg
Reinhold Wurbs, Maurer, Jahna
Karl Crommager, Amtsvorsteher, Nabis
Hermann Weste, Uhrmacher, Schmiedeberg

von Liste 3

August Lehmann, Schlosser, Jahna
Franz Vitz, Arbeiter, Pösteritz
Anna Vöhr, Hausfrau, Pösteritz
Danz Seling, Arbeiter, Kemberg
Paul Thiemig, Lagerhalter, Schmiedeberg
Curt Hildebrandt, Steingutdreher, Kleinwittenberg

von Liste 5

Bruno Starano, Fabrikant, Schmiedeberg

von Liste 18

Willi Ritterbusch, Angestellter, Teuchel

von Liste 21

Willi Propsthan, Landwirt, Glibitz
Willy Hepprich, Manufakturwarenhändler, Schmiedeberg
Otto Bulz, Landwirt, Danna
Ernst Kiemer, Ziegeleibitzer, Büßitz
Johannes Thiele, Güterdirektor, Pösteritz
Otto Kühliche, Amtsvorsteher, Straach
Baul Diebe, Bürgermeister, Kemberg
Wilhelm Freidant, Landwirt, Büßitz
Baul Wipisch, Landwirt, Uthaußen

von Liste 22

Richard Reilich, Lehrer, Schmiedeberg
Arthur Steinbach, Buchhalter, Pösteritz

Neues in Kürze.

* In einer Zentrumsverammlung betonte der Parteiführer, Paul Kaas, daß, solange man in den außenpolitischen Hauptfragen nicht klar liege, auch keine Partei sich nicht nach einer bestimmten Seite schielende könne.

* Die Tatsache, daß der englische Schatzkanzler Snowden im Gegenseitigen der großen Teile des englischen Volkes die Freigabe des deutschen Eigentums unter Bedingungen nicht ablehnte, kann nur weiteren deutschen Schritten in der Angelegenheit nicht abhalten.

* Die deutschen Arbeitsverordnungen können geschlossen eine Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze ab.

* Auf beiden Seiten der Grenze sind das deutsch-polnische Abkommen, soweit es bekannt geworden ist, äußerst scharfe Kritik.

Wandlungen im Haushalt der Städte.

Von
Dr. Fritz Elsh, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Wir bringen Ihnen infirmativen Artikel aus einer Vortragsreihe „Gegenwartigen der Kommunalverwaltung“, die von der Verwaltungs-Akademie Berlin veröffentlicht worden ist.

Die Schriftleitung.

Vor dem Kriege stand der Gemeindehaushalt auf festem Grunde. Heute steht er auf einem stark zerkümmerten Fundament. Die Grundbesitzer bedürfen einer baldigen Stärkung, soll nicht ganz der ganze Bau der gemeindlichen Selbstverwaltung in sich zusammenbrechen. Die Gemeinden bejahren durchaus die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und beanspruchen für sich nicht mehr, als daß auch ihre Lebensnotwendigkeiten anerkannt werden. Sie erwarten von dem kommenden endgültigen Finanzausgleich, daß er ihren billigen Ansprüchen gerecht wird. Von Jahr zu Jahr hat man davon gelassen, daß die Regelung der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine „vorläufige“ sei. Vorkriegslich hat sich bisher nur das eine, daß aus diesem „vorläufigen“ Finanzausgleich ein „vorläufiger endgültiger“ Finanzausgleich geworden ist, der sich außerordentlich unangenehm der Gemeinden auswirkt. Die eigentlichen Stellen, die heute verantwortlich für die gemeindlichen Steuererhebungen und über die Aufgabenbelastung beschließen, sind nicht mehr die gemeindliche Selbstverwaltung, sondern lediglich der Reichstag und in stark abgeschwächtem Maße die einzelnen Landtage. Die Haupt-

nachteile dieser Regelung liegen in der Zentralisation, die den Gemeinden bei der weitgehenden Schematisierung keine genügende Bewegungsfreiheit läßt, um ihre Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen. Für die Gemeinden ist es deshalb äußerst schwierig, den auch von ihnen immer anerkannten Grundsatz, „keine Ausgaben ohne Deutung“ zu befolgen. Ihnen sind die früheren ausgedehnten Möglichkeiten, die feinerliche Belastung auf Einkommen-, Real- und zahlreiche Nebensteuern zu verteilen, teils verengt, teils genommen worden, im wesentlichen ist ihnen nur als Ausweg geblieben, die Gewerbesteuer und die Art der Betriebe zu erhöhen. Die Gemeinden sind dadurch nicht nur in Verbindung gebracht worden, sondern auch ohne Schuld in den Ruf der Wirtschaftsfähigkeit gekommen.

Vor dem Kriege wirkte sich das gemeindliche Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer dahin aus, daß diejenigen, die über die gemeindlichen Ausgaben Beschluß faßten, auch die Mittel aufzubringen hatten und so die durch die kommunale Verwaltung verursachte Belastung an sich selbst spürten. Die darin enthaltene für die Selbstverwaltung wie für die Steuerpolitik gleich wichtige Funktion der Beweglichkeit muß wieder eingeschaltet werden; sie ist die Voraussetzung für eine wirklich verantwortungsbewußte Sparpolitik der Gemeinden. Gleichzeitige muß ein angemeßener Lastenausgleich den finanziell schwächeren Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer gemeindlichen Aufgaben gewöhren.

Die Mängel des heutigen Systems sind nicht dadurch zu bekämpfen, daß man versucht, von außerhalb auf die Gemeindeverhältnisse Einfluß zu nehmen und Zwangsvorschriften in der verschiedensten Art zu schaffen. Die gemeindliche Selbstverantwortung, das Kernstück der gemeindlichen Selbstverwaltung, muß wieder hergestellt werden. Sie kann sich nur auswirken, wenn die Gemeinden nicht bloß über die oder jene Spitzenausgabe, sondern über wesentliche Aufgaben- und Ausgaben, sowie Einnahmegeriete selbständig zu entscheiden haben.

Die finanzpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit hat ihre innere Ursache in den großen staatsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Umwälzungen, die Deutschland durchlebt. Die Verengung und Bindung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches hemmt die die innerpolitische Bewegungsfreiheit jeder einzelnen deutschen Gebietskörperschaft. Unter der Dämpfung der Zukunftigkeit von Reich und Ländern stehen die Gemeinden am meisten. Auf finanziellen Gebiete hat dieser Zustand dazu geführt, daß nicht die Dringlichkeit der zu erledigenden Aufgaben bei der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den entscheidenden Ausgangspunkt bildet, sondern — warum soll man es nicht geradezu aussprechen? — die räumliche Nähe zum Reichsgebeber und die politische Macht. Die im Gang befindliche Vereinheitlichung von Gesetzgebung und Verwaltung durch das Reich muß ihre notwendige Ergänzung in weitgehender Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung finden.

Die Verhältnisse in der materiellen Etatgestaltung der deutschen Gemeinden spiegeln die Entwicklung der letzten 1 1/2 Jahrzehnte getreulich wieder. Sie zeigen die Sorgen, aber auch die Leistungen der deutschen Städte. Sie sind gleichzeitig der Beweis, daß es unerlässlich ist, aus der Gesamtanlage der öffentlichen Haushalte Schlüsse für die finanzielle und die organisatorische Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu ziehen und diese Erkenntnis zu verwerthlichen.

Warum Verträge mit Polen, wenn ... Immer neue Liquidation deutscher Güter im Polener Gebiet.

— Berlin, 16. November.

Polen geht im Gegenzug zu dem Sinn des neuen Liquidationsvertrages erneut an die Liquidation deutscher Güter heran. Ein Kommissar des Polener Landamtes, das die Bodenreform unter sich hat, hat in einem festgestellten Fällen deutschen Gutbesitzern davon Mitteilung gemacht, daß sie größere Teile ihrer Fläche für die Agrarreform zur Verfügung zu stellen hätten. Dabei ist nicht an Neuweisungen gedacht, sondern nur an Anliegerbedingungen. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß deutsche Bauern bei der Verteilung nicht berücksichtigt würden.

In den benachbarten Gegenden finden sich aber nur ganz arme polnische Bauern, die weder das Geld noch die Gebäude zur Übernahme und zur Bewirtschaftung größerer Flächen haben. Nach Artikel 4 des polnischen Agrarreformgesetzes verbleiben den Gutbesitzern 720 Morgen Acker und Wiese. Nach Artikel 5 kommen dazu noch größere Flächen, die der Beschlagnahme nicht unterliegen, bei intensivem Ackerbau und bei Vorhandensein von Nebenbetrieben, insbesondere Brennereien und Zuckerraffinerien. Nach diesen zwinzenden Gesetzesbestimmungen dürfte eigentlich bei den

in Betracht kommenden Gütern gar nichts beschlagnahmt werden.

Den entsprechenden Einwand, was der Kommissar des Landamtes damit zurück, daß es sich um die Grenzzone handle, bei der Artikel 5 keine Anwendung findet. Das Agrarreformgesetz sieht eine derartige Ausnahme für die Grenzzone nicht vor. Der Hinweis auf die Grenzzone ist also ein ungeheurer Akt.

Kritik an dem Polen-Abkommen.

Unzufriedenheit auf beiden Seiten.

D Warschau, 17. November.

Der genaue Wortlaut des deutsch-polnischen Liquidations- und Finanzausgleichsabkommens ist bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Der nur teilweise veröffentlichte Inhalt löst aber sowohl in Deutschland wie in Polen auf zum Teil scharfe Kritik. Sinnerhalb der Fraktionen der Koalitionsparteien hat man sich eingehend mit dem Inhalt des Abkommens befaßt. Aus der kritischen Stellungnahme verschiedener Fraktionen ist aber zu schließen, daß man zum Teil gegen einige Bestimmungen des Abkommens scharfe Bedenken hat. Es wird darauf verwiesen, daß sich aus dem deutsch-polnischen Abkommen für Deutschland schwere finanzielle Kosten ergeben, für die ein ausgleichendes Zugeständnis polniseits nicht vorzuliegen scheint. Die polnischen Zugeständnisse in der künftigen Behandlung der deutschen Siebler in Polen sind zudem unbestimmt gehalten, daß es für notwendig erachtet wird, von Polen ganz bestimmte verbindende Sicherungen zu verlangen.

Im polnischen politischen Kreise macht sich andererseits eine scharfe Bewegung geltend, die das deutsch-polnische Abkommen ablehnt. Der polnische Reichstagskomitee läuft geradezu Sturm gegen die Bestimmung, daß Polen auf eine weitere Durchführung der Liquidation deutschen Sieblerbesitzes verzichtet. Neuerdings hat sich auch die sogenannte Nationalpartei mit einer Protestfestschrift gegen das deutsch-polnische Abkommen gewandt.

Zentrumspolitik und Rheinlandräumung.

Eine neue Rede des Reichstags.

— Trier, 17. November.

Auf einer Zentrumsverammlung in Trier sprach Reichstags Dr. Kaas und führte u. a. aus, daß die deutsche Außenpolitik vor Entschcheidungen stehe, die alles in den Schranken stellen, was seit den kriegbaren Tagen der Verfallener Friedenskonferenz Deutschland befehlen wurde.

„Solange wir noch nicht wissen“, sagte Reichstags Kaas, „unter welchen Bedingungen die Haager Konferenz ausgehen wird, solange wir nicht klar sehen, welches das Schicksal der deutschen Saar sein soll, solange die Gegenseite sich noch in Schwärzen hält und von uns Vorläufige erwartet, kann ich als verantwortlicher Führer der Zentrumspartei, die vermöge ihrer Schlüsselstellung im Parlament das Ja oder Nein in ihren Händen hält, heute nicht nach der einen oder anderen Seite eine definitive Entscheidung fällen.“

Erfreulichweise könne man das eine feststellen, es begimme zweifellos eine Auflockerung des politischen Denkens auch bei den Feindern, es begimme langsam auch jenseits der Grenze sich der Versuch zu verzeichnen, daß die Methoden der Vergangenheit nicht mehr die Methoden der Gegenwart sein könnten.

Auch der ehrliche Verständigungspolitiker, auch der, der sich den Ausbau einer friedlichen Zukunft nicht nur vorzustellen vermöge unter der Voraussetzung friedlicher Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, der werde ohne weiteren Versuch wünschen, die Schwierigkeiten einzutreten zu lassen, auf die die deutsche Verständigungspolitik schon lange einen Anspruch habe. Die sinnlose Paragrafenausbeutung, auf die die französische Regierung sich anlässlich der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Stresemann und Briand glaube zurückziehen zu müssen, führe nicht weiter. Im Gegenteil, dieser Weg führe zurück.

Wer noch Briefe zu lesen verstehe, der lese, daß an dem Endebericht des 30. Juni als Zermittler der Rheinlandräumung nicht zu zittern ließe.

Wenn man einen Frieden wolle, dann müsse man endlich Schluß machen mit dem Begriff von Sieger und Besiegten.

Vereinheitlichung im Genossenschaftswesen.

Wahnsinn der Regierung. — Verluste der Raiffeisenbank.

— Berlin, 17. November.

Die Errichtung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht bevor. Das Dach eines umfangreichen Gebäudes wird gefestigt werden, nachdem der Mittelbau in mühevoller Arbeit aufgeführt und fast vollendet wurde. Der Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bildete die Voraussetzung für die „Selbsthilfe in der Landwirtschaft“.

Der Reichsfinanzminister und das Preussische Staatsministerium haben angeordnet, daß für Vorgänge aus Anlaß der Nationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens grundsätzlich

Es kann anzunehmen, daß der Junge bei einem Verbrechen noch Gelegenheit gehabt hätte, eine Karte zu schreiben.

Die Möglichkeit eines weiteren Vorkommens in der Gegend von Gersheim scheint dadurch möglich, daß im Brombergstrüpp ein blutgetränktes Damendach gefunden worden ist. Eine in der Nähe der Fundstelle dieses Damens wohnende Frau will in der Nacht zum 30. Oktober fürchterliche Schreie gehört haben. Es ist selbstverständlich, daß die Kriminalpolizei auch dieser Spur eifrig nachgeht.

In der dieser Tage erfolgten Verhaftung eines angeblichen Kindesentführers läßt sich nach Ansicht der Vernehmung mitteilen, daß es sich bei ihm tatsächlich um einen **Perwandten** des Kindes handelt und daß er mit den Verbrechen nicht in Verbindung gebracht werden kann.

Inzwischen haben die Nachforschungen ergeben, daß es sich bei dem Papier, das der Mörder oder seine Mitwisser für die Vogelpläne verwendeten, um eine für eine besondere Rotationsmaschine bestimmtes Format handelt, die nur noch vereinzelt im Betrieb sind. Es wurde inzwischen festgestellt, daß eine solche Maschine in Dülldorf selbst nicht läuft.

Raubmord an einem Einfieler.

Herford, 16. November. Das Opfer eines Raubmordes wurde der alleinwohnende, bejahrte Katenmeyer in Schmiedeln. Der Greis war mittags nach von Nachbarn gesehen worden. Kurz darauf wurde er erschlagen in seiner Wohnung aufgefunden, deren Befähnisse aufgebrochen und durchwühlt waren. Man nimmt an, daß Katenmeyer von zwei Wanderburschen ermordet worden ist, die kurz vor der Tat in der Nähe des Hauses gesehen wurden und die sich in der Richtung nach Herford entfernt hatten. Am Nachmittag wurden hier zwei Wanderburschen festgenommen, die verschiedene Gegenstände bei sich trugen, über deren Erwerb sie nicht genügend Auskunft geben konnten. Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Ermittlungen aufgenommen.

Noch keine Vernehmung durch den Staatsanwalt.

Berlin, 16. November. Wie von zutüftlicher Stelle mitgeteilt wird, hat der Verteidiger Lehmann, Dr. Ruppe, auf Grund neuen Materials bei der Staatsanwaltschaft die Vernehmung des Oberbürgermeisters Verlag beantragt. Eine Vernehmung selbst hat entgegen anderslautenden Berichten noch nicht stattgefunden.

Schiebung mit reichsfeindlichem Gut.

Hensburg, 16. November. Festgenommen wurden von der Kriminalpolizei ein Bootsführer, ein Heizer und ein Seemann aus Kiel. Die drei Personen gehörten zur Verladung eines der Reichsmarinewerkung gehörigen Motorbootes, das von Zeit zu Zeit Materialien und Betriebsstoff von Kiel aus zu befördern hatte. Es war nun die Beobachtung gemacht worden, daß das Boot vor seiner Ankunft jeweils in Hensburg fest machte und dort Gegenstände löschte, die von einem Transportauto abgehoben wurden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Verladung des Schiffes reichsfeindliches Gut wie Tauwerk, Benzin, Benzol.

Bürgermeister zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Göttingen, 16. November. In fast zehnjähriger Sitzung beschäftigte sich die Große Strafkammer in Göttingen mit einer Anklage gegen den Bürgermeister Hermann Haarnagel aus Wildemann im Harz. Dem Angeklagten waren verschiedene Straftaten, Amtsunterschlagungen usw., vorzuerzählen, wegen denen er in der ersten Verhandlung vom Schöffengericht Okerode freigesprochen wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt. Die jetzige Verhandlung endete mit der Verurteilung des Bürgermeisters zu einem Jahr Gefängnis. Außerdem wurde ihm für die Dauer von drei Jahren die Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter abgeprochen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Zug der Ermäßigung des Bundeskontos hat nach dem letzten Wochenansatz die Reichsbank eine weitere Entlastung und zwar um 247 Millionen auf 2494,4 Mill. Mark erfahren. Der Umlauf an Noten ist beträchtlich zurückgegangen. Die Gesamtdeckung betrug 57 %, gegen 53,6 % der Vormode.

Die Berichtsetzung der Wirtschaftslage findet ihren Ausdruck in der Zahl der Arbeitslosen, die in der zweiten Oktoberhälfte wiederum beträchtlich und zwar um 131/2 % auf 889000 gestiegen ist. Auch die Zahl der Arbeitsunterstützten ist um rund 7000 auf 172000 angewachsen. Wenn auch diese Zahlen bedenklich stimmen, so ist doch im Anbetracht der sich besternden Weltwirtschaftslage die allgemeine Wirtschaftslage nicht absolut pessimistisch zu beurteilen.

Die fremdbildende Stellung der Börse in der Vormode ist nur von kurzer Dauer gewesen. Schon zu Beginn der Berichtsmode zeigte ein Kursrückgang ein, der sich in den letzten Tagen auf Veränderungen von weiteren Kursrückgängen in New-York noch erheblich vergrößerte. Der Geldmarkt zeigte, nachdem in den letzten Tagen eine weitere Entspannung eingetreten ist, ein günstiges Aussehen, sodaß man glaubt, auch für die nächste Zeit durchaus zureichend gelte mit sein zu können.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 20. November (Bußtag).
Kollekte für die Kleinrädler Unfälle (Knaben-Rettungs- und Bruderhaus und Eitabehrsitz in Kleinrädler und Zweiganstalten in Thale und Degeh).
Kernberg.
Vorn. 1/2 10 Uhr Predigt Gottesdienst. Propst Vertram.
Abends 7 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.
Gommio.
Vorn. 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrer Ahmus.
Vorn. 1/2 10 Uhr Predigt Gottesdienst. Pfarrer Ahmus.
Kotta.
Vorn. 10 Uhr Predigt, Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrer Schulze aus Bergwig.

Margarine Rama im Blauband doppelt so gut

Ein großer Fortschritt im Reiche der Frau!

Der neue linke Helfer, erschaffen alle Reinigungsarbeiten im Haushalt
die feinsten Geschirre sauber und verschont sie mit herkömmlichem Glanz Porzellan, Glas, Marmor, Stein, Holz, und Metall, alles macht er viel schneller rein. Selbst die schmutzigsten Gerichte, wie Messer, Spülmesser, Bohnenrisser usw., werden frisch, sauber und geruchlos. Dazu ist er sehr ergiebig. Nur 1 Liter auf 10 Liter heißes Wasser - 1 Liter, wie sparsam!

Versuchen Sie Ihren zeitsparenden Helfer



Henkel's Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Porzell.-Werken.

Achtung
Schlachtefedern
Pfd. 7.50, 6.50, 5.50, 4.75
Halbdaunen Pfd. 5.50
3/4-Daunen Pfd. 6.50
Daunen Pfd. 11.-, 9.50
empfiehlt

Erich Schnee jun., Jüterbog
Bettfedern-Fabrik
Eigene Wäscherei, Reinigung und Entfärbung
Niederlage:
Emma Reinecke Ww., Kernberg
Anhalter Straße 15 Telefon 856

Achtung
Glaubig's
bekannte
Limburger-
Harzer-
Feinstoff-
Emmentaler-
Zistler.

Käse
sind in Geruch und Geschmack
entzückend und führend
J. G. Glaubig

Brennholz-Verkauf

Donnerstag, den 21. November, vormittags 10 Uhr, sollen im Forstrevier **Barnitz** ca. 150 rm starke Buchenrollen und Knüppel 150 rm kieferne Rollen u. Knüppel, 70 Stk. Eichensteile öffentlich meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden. Zusammenkunft: Forsthaus Barnitz. Bedingungen im Termin.
Der Förster **Leidenfrost**

Morgen (Dienstag) früh halb 8 Uhr
Speck-Kuchen
Ernst Wend

Frisch eingetroffen
Büchlinge
Sprossen
Schellfische
Steinbutt
bei
J. G. Glaubig

Fahrschule
für Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen, für Berufs- und Fernfahrer.
Auto-Genie Wittenberg
Fernruf 2040.

Schlachte-Gewürze
stets frisch gemahlen
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Richters Restaurant
Am Bußtag empfiehlt
Pötelnocken mit Sauerkraut
ff. Kaffee u. Kuchen
M. Richter

Zum Weinberg'
Zum Bußtag empfiehlt:
ff. Kaffee und Pfannkuchen
ff. Bahnhöfer Exportbier
E. Fehner

Cammsdorfer Ziegelei
Mittwoch, den 20. November, nachmittags ab 3 Uhr

Großer Preisstat
(Goldpreise)
Es ladet freunbl. ein Heinz Becker

Bahnholzwirtschaft
Kernberg
Sonntag, den 24. November

Preis-Stat

Markt „Blauer Hecht“ Markt

Am Mittwoch (Busstag), punkt halb 9 Uhr
Das gewaltige alpine Filmwerk, von dem die ganze Welt sprach, es ist der Höhepunkt filmischer Kunst — ein photographisches Wunderwerk mit überwältigendem Eindruck. Der Gloria-Palast in Leipzig war wochenlang überfüllt und der Andrang nicht zu bewältigen, es konnten nur geschlossene Vorstellungen stattfinden.

Der Kampf ums Matterhorn

Ein Hochgebirgsdrama nach einer wahren Begebenheit. Der Kampf um die Liebe — der Kampf mit dem Titanen. **Ein Film, wie ihn Menschenaugen vorher niemals sahen.** Ein Film von grandioser Schönheit — ein Film, der erschüttert, — ein Drama, das uns bis in die Tiefsten der Seele auführt. Die deutsche Presse schreibt nach der Uraufführung: **Die deutsche Sprache ist zu arm, um das in Worten auszudrücken, was unsere Augen gesehen, was unsere Seele mit erlebt hat.**

Außerdem der wunderbare Naturfilm
Arena ohne Gitter

Achtung! Rindfleischwoche Achtung!

Verpünde ab **Dienstag früh 8 Uhr** eine **junge, fette Färsen.**
Rochfleisch à Pfund 0,90 Mark
Bratenfleisch à Pfund 1,25 Mark
sowie frische **Leber, Fatz, Suppennocken** und **Rümel.**
Nebenbei empfehle ich noch einen

größeren Posten Schlackwurst
ein Pfund 1,80 Mark, bei 10 Pfund 1,70 Mark.
Meine Grundlage ist Qualität.

Martin Kramer Kernberg, Weinbergstraße 21.
Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager
Rich. Arnold.

Statt Karten.

Allen denen, welche uns zu unserer Vermählung am 14. November durch erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke das Fest verschönten, insbesondere dem Gesangsverein Bergwitz, sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern unseren herzlichsten Dank.

Arthur Kaesler u. Frau
Margarethe geb. Meyer.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitesse oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeigenzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschickener oder durch Fernsprecher aufzugebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegensgebühren: 10.— M., des Tages, wozu die Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 137

Dienstag, den 19. November 1929

31. Jahrg.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Kreistagswahl.

Es sind im Kreise insgesamt 24756 Stimmen abgegeben. Es ergibt sich:

Liste	Partei	Stimmen	Sitze
1	Sozial. Partei	6375	6
3	Kommun. Partei	5768	6
5	Böhmische Bewegung	615	1
18	Hitler-Bewegung	1210	1
21	Erdnungsblock	9112	9
22	Bürgerliche Mitte	1676	2

Es sind demnach folgende Abgeordnete gewählt worden:

- 1 Karl Rung, Gemeindevorsteher, Bieftersig
- Richard Pieper, Schwertriegelschädigter, Elster
- Hugo Seidel, Lehrer, Wartenburg

nachteile dieser Regelung liegen in der Zentralisation, die den Gemeinden bei der weitgehenden Schematisierung keine genügende Bewegungsfreiheit läßt, um ihre Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen. Für die Gemeinden ist es deshalb äußerst schwierig, den auch von ihnen immer anerkannten Grundsatz, „keine Ausgaben ohne Deckung“ zu befolgen. Ihnen sind die früheren ausgedehnten Möglichkeiten, die steuerliche Belastung auf Einkommen, Real- und zahlreiche Nebensteuern zu verteilen, teils verengt, teils genommen worden, im wesentlichen ist ihnen nur als Ausweg geblieben, die Gewerbesteuer und die Tarife der Betriebe zu erhöhen. Die Gemeinden sind dadurch nicht nur in Verdrängnis gebracht worden, sondern auch ohne Schuld in den Ruf der Wirtschaftsunfähigkeit gekommen.

Vor dem Krise wirkte sich das gemeindliche Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer dahin aus, daß diejenigen, die über die gemeindlichen Ausgaben Beschluß faßten, auch die Mittel aufzubringen hatten und so die Durchführung der Verwaltung verurteilte Belastung an sich selbst spürten. Die darin enthaltene für die Selbstverwaltung der Bewirtschaftung muß wieder eingeschränkt werden, sie ist die Voraussetzung für eine wirklich verantwortungsbewusste Parlamentaristik der Gemeinden. Gleichzeitig muß ein angemessener Lastenausgleich den finanziell schwächeren Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer gemeindlichen Aufgaben gewährt werden.

Die Mängel des heutigen Systems sind nicht dadurch zu bekämpfen, daß man versucht, von außerhalb auf die Gemeindeverhältnisse Einfluß zu nehmen und Zwangsverordnungen in der verschiedensten Art zu schaffen. Die gemeindliche Selbstverwaltung, das Kernstück der gemeindlichen Selbstverwaltung, muß wieder hergestellt werden. Sie kann sich nur auswirken, wenn die Gemeinden nicht bloß über die oder jene Spitzenausgabe, sondern über wesentliche Aufgaben und Ausgaben, sowie Einnahmensektoren selbständig zu entscheiden haben.

Die finanzpolitische Entwicklung der Nachkriegszeit hat ihre innere Ursache in den großen staatsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen, volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Umwälzungen, die Deutschland durchlebt. Die Verengung und Bindung der außerpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches hemmt die die innerpolitische Bewegungsfreiheit jeder einzelnen deutschen Gebietskörperschaft. Unter der Duplicität der Zuständigkeit von Reich und Ländern leiden die Gemeinden am meisten. Auf finanziellen Gebiete hat dieser Zustand dazu geführt, daß nicht die Dringlichkeit der zu erledigenden Aufgaben bei der Verteilung der Steuererträge zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, den entscheidenden Ausgangspunkt bildet, sondern — warum soll man es nicht geradezu aussprechen? — die räumliche Nähe zum Reichsleistunggeber und die politische Macht. Die im Gang befindliche Vereinheitlichung von Gesetzgebung und Verwaltung durch das Reich muß ihre notwendige Ergänzung in weitgehender Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung finden.

Die Verhältnisse in der materiellen Etatgestaltung der deutschen Gemeinden spiegeln die Entwicklung der letzten 1 1/2 Jahrzehnte getreulich wieder. Sie zeigen die Sorgen, aber auch die Leistungen der deutschen Städte. Sie sind gleichzeitig der Beweis, daß es unerlässlich ist, aus der Gesamtanlage der öffentlichen Haushalte Schlüsse für die finanzielle und die organisatorische Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu ziehen und diese Erkenntnis zu verwirklichen.

Warum Verträge mit Polen, wenn ...

Immer neue Liquidation deutscher Güter im polnischen Gebiet.

— Berlin, 16. November.

Polen geht im Gegensatz zu dem Sinn des neuen Liquidationsvertrages erneut an die Liquidation deutscher Güter heran. Ein Kommissar des polnischen Landammtes, das die Bodenreform unter sich hat, hat in einem telefonischen Brief an den deutschen Kommissar davon Mitteilung gemacht, daß sie größere Teile ihrer Flächen für die Agrarreform zur Verfügung zu stellen hätten. Dabei ist nicht an Neuverleibungen gedacht, sondern nur an Anlieferungen. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß deutsche Bauern bei der Verteilung nicht berücksichtigt würden.

In den benachbarten Gegenden finden sich aber nur ganz arme polnische Bauern, die weder das Geld noch die Gebäude zur Übernahme und zur Verwirklichung größerer Flächen haben. Nach Artikel 4 des polnischen Agrarreformgesetzes verbleiben den Gutsbesitzern 720 Morgen Acker und Wiese. Nach Artikel 5 kommen dazu noch größere Flächen, die bei Beschlagnahme nicht unterliegen, bei intensivem Ackerbau und bei Vorhandensein von Nebenbetrieben, insbesondere Brennereien und Zuderfabriken. Nach diesen abweichenden Bestimmungen dürfte eigentlich bei den

in Betracht kommenden Gütern gar nichts beschlagnahmt werden.

Den entsprechenden Einwand wies der Kommissar des Landammtes damit zurück, daß es sich um die Grenzzone handele, bei der Artikel 5 keine Anwendung findet. Das Agrarreformgesetz sieht eine besondere Ansicht vor für die Grenzzone nicht vor. Der Hinweis auf die Grenzzone ist also ein ungezügelter Akt.

Kritik an dem Polen-Abkommen.

Unzufriedenheit auf beiden Seiten.

— Warschau, 17. November.

Der genaue Wortlaut des deutsch-polnischen Liquidations- und Finanzausgleichsabkommens ist bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Der nur teilweise veröffentlichte Inhalt löst aber sowohl in Deutschland wie in Polen auf zum Teil scharfe Kritik. Innerhalb der Fraktionen der Koalitionsparteien hat man sich eingehend mit dem Inhalt des Abkommens befaßt. Aus der kritischen Stellungnahme verschiedener Fraktionen ist aber zu schließen, daß man zumindest gegen einige Bestimmungen des Vertrages starke Bedenken hat. Es wird darauf verwiesen, daß sich aus dem deutsch-polnischen Abkommen für Deutschland schwere finanzielle Folgen ergeben, für die ein ausgiebigeres Jagdverbot polnischen Jagdgesellschaften zuzuschreiben. Die politischen Führer in der künftigen Behandlung der deutschen Siebeler in Polen sind zudem unbestimmt gehalten, daß es für notwendig erachtet wird, von Polen ganz bestimmte bindende Sicherungen zu verlangen.

In politischen politischen Kreisen macht sich andererseits eine starke Bewegung geltend, die das deutsch-polnische Abkommen ablehnt. Der polnische Weimarerverein läßt geradezu Sturm gegen die Bestimmung, daß Polen auf eine weitere Durchführung der Verwirklichung deutschen Siebeler einwilligen verpflichtet. Weiterhin hat man auch die sogenannte Nationalpartei mit einer Protestfestschreibung gegen das deutsch-polnische Abkommen gewandt.

Zentrumspolitik und Rheinlanddrängung.

Eine neue Rede des Prälaten Kaas.

— Trier, 17. November.

Auf einer Zentrumsversammlung in Trier sprach Prälat Dr. Kaas und führte u. a. aus, daß die deutsche Außenpolitik vor Entscheidungen stehe, die alles in den Schatten stellen, was seit den turkischen Tagen der Verfall der Friedenskonferenz Deutschland beschieden wurde.

„Solange wir noch nicht wissen“, sagte Prälat Kaas, „unter welchen Bedingungen die Haager Konferenz ausgehen wird, solange wir nicht klar sehen, welches das Schicksal der deutschen Saar sein soll, solange die Gegenseite sich noch in Schweigen hüllt und von uns Vorschläge erwartet, kann ich als verantwortlicher Führer der Zentrumspartei, die vermöge ihrer Schlüsselstellung im Parlament das Ja oder Nein in ihren Händen hält, heute nicht nach der einen oder anderen Seite meine definitive Entscheidungen fällen.“

Etwas früherweise könne man das eine feststellen, es beginne zweifellos eine Auflockerung des politischen Denkens auch bei den Feinden; es beginne langsam auch links der Grenze sich das Gefühl zu verflären, daß die Methoden der Gegenwart kein können.

Auch der ehrliche Verständigungspolitiker, auch der, der sich den Ausbau einer friedlichen Zukunft nicht nur vorzustellen vermöge unter der Voraussetzung friedlicher Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, der werde ohne weiteren Versuch wünschen, die Klärungen einzutreten zu lassen, auf die die deutsche Verständigungspolitik schon lange einen Anspruch habe. Die finnische Paragrafenausbeutung, auf die die französische Regierung sich anlässlich der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Stresemann und Briand glaube zurückziehen zu müssen, führe nicht weiter. Im Gegenteil, dieser Weg führe zurück.

Wer noch Bedenke zu lesen verstehe, der sehe, daß an dem Endtermin des 30. Juni als Termin der Rheinlanddrängung nicht zu rütteln sei.

Wenn man einen Frieden wolle, dann wolle man endlich Schlüsse machen mit dem Begriff von Sieger und Besiegten.

Bereinigung im Genossenschaftswesen.

Maßnahmen der Regierung. — Verläufe der Reichsfinanzkommission.

— Berlin, 17. November.

Die Errichtung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht bevor. Das Dach eines umfangreichen Gebäudes kann gerichtet werden, nachdem der Mittelbau in mühevoller Arbeit aufgeführt und fast vollendet wurde. Der Wiederanbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bildete die Voraussetzung für die „Selbsthilfe in der Landwirtschaft“.

Der Reichsfinanzminister und das Preussische Staatsministerium haben abgeordnet, daß für Vorgehens aus Anlaß der Rationalisierung des landlichen Genossenschaftswesens grundsätzliche



Wandlungen im Haushalt der Städte.

Wandlungen im Haushalt der Städte.

Von

Dr. Fritz Elsh,

Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Wir bringen diesen inaktiven Artikel aus einer Wortzählerei „Gegenwartigen der Kommunalverwaltung“, die von der Verwaltungs-Wissenschaft Berlin veröffentlicht worden ist.

Die Schriftleitung.

Vor dem Kriege stand der Gemeindehaushalt auf festem Grunde. Heute steht er auf einem stark zerklüfteten Fundament. Die Grundfesten bedürfen einer baldigen Stärkung, soll nicht ganz der ganze Bau der gemeindlichen Selbstverwaltung in sich zusammenbrechen. Die Gemeinden bejahen durchaus die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und beanpruden für sich nicht mehr, als daß auch ihre Lebensnotwendigkeiten anerkannt werden. Sie erwarten von dem kommenden endgültigen Finanzausgleich, daß er ihren billigen Ansprüchen gerecht wird. Von Jahr zu Jahr hat man davon gesprochen, daß die Regelung der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden eine „vorläufige“ sei. Verwirrt hat sich bisher nur das eine, daß aus diesem „vorläufigen“ Finanzausgleich ein „vorläufiger endgültiger“ Finanzausgleich geworden ist, der sich außerordentlich zugunsten der Gemeinden auswirkt. Die eigentlichen Stellen, die heute verantwortlich über die gemeindlichen Steuereinnahmen und über die Aufgabenbelastung beschließen, sind nicht mehr die gemeindliche Selbstverwaltung, sondern lediglich der Reichstag und in stark abgemäßigtem Maße die einzelnen Landtage. Die Haupt-